



**ERDGASSTREIT
STAATSVERWALTUNG
KIEWER LOKALPOLITIK
WIRTSCHAFTSKRISE**

■ VON DER REDAKTION In eigener Sache	2
■ KOMMENTAR RosUkrEnerg: Transformation eines Zwischenhändlers Von Jonas Grätz, Berlin	3
■ ANALYSE Die ukrainische Staatsverwaltung zwischen Theorie und Praxis Von Kristin Wesemann, Odessa und Matthias Morgner, Kiew	5
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Statistiken zu den ukrainischen Staatsbediensteten	8
■ UMFRAGE Korruption in der ukrainischen Staatsverwaltung	11
■ DOKUMENTATION Behördenhierarchie der ukrainischen Staatsverwaltung	14
■ UMFRAGE Kiewer Bürgermeister in der Kritik	15
■ STATISTIK Aktuelle Daten zur Wirtschaft- und Finanzkrise	18
■ UMFRAGE Die Wirtschaftskrise aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung	20
■ CHRONIK Vom 24. Februar bis zum 10. März 2009	21

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 24.3.2009. Thema wird die Wirtschaftskooperation zwischen der Ukraine und der EU sein.



Von der Redaktion

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Bitte um Spenden, die wir nach dem Fortfall unsers langjährigen Sponsors, der Otto Wolff-Stiftung, in die Russland- und die Ukraine-Analysen eingerückt hatten, hat ein erfreuliches Echo gefunden. Bis zum Ende der letzten Woche sind bei uns insgesamt 5.400 Euro eingetroffen. Das ermöglicht es uns, die Russland- und die Ukraine-Analysen bis zur Sommerpause weiter erscheinen zu lassen. Allen Spendern möchten wir herzlich danken. Unser Dank gilt auch jenen, die uns mit Zuspruch ermutigt haben. Die vielen positiven Reaktionen haben uns sehr gefreut.

Zugleich können wir ankündigen, dass die Analysen nach der Sommerpause mit großer Wahrscheinlichkeit weiterscheinen können. Wir sprechen mit einigen Institutionen, die es sich vorstellen könnten, die Russland- und Ukraine-Analysen weiterzufördern. Sobald die Gespräche zu einem Abschluss gekommen sind, werden wir Sie informieren.

Die Redaktion der Russland- und Ukraine-Analysen
Matthias Neumann, Heiko Pleines, Henning Schröder

Kommentar

RosUkrEnergo: Transformation eines Zwischenhändlers

Von Jonas Grätz, Berlin

Zusammenfassung

In der vergangenen Woche wurde abermals deutlich, wie eng Politik, persönliche Interessen und Erdgaswirtschaft in der Ukraine verflochten sind. Die verschärften Elitenkonflikte verweisen auch auf die Rolle des russischen Konzerns Gazprom in dem Konflikt und verheißen nichts Gutes für die Energiesicherheit der EU.

Einleitung

Die gegenwärtige Situation entwickelte sich vor dem Hintergrund des intransparenten Erdgashandels zwischen Russland und der Ukraine, der bereits eine lange Tradition hat. Der Zwischenhändler RosUkrEnergo mit Sitz in Zug/Schweiz, ein *joint venture* zwischen Gazprom (50 %) und zwei ukrainischen Geschäftsmännern (50 %), denen enge Verbindungen zum ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko nachgesagt werden, ist dabei nur letztes Glied in einer Kette verschiedener informeller Arrangements zwischen der politökonomischen Elite in Russland und der Ukraine. Ein zweites strukturelles Merkmal ist die weltweite Wirtschaftskrise, die die Ukraine besonders hart getroffen und die Spielräume der Akteure damit wesentlich verkleinert hat.

RosUkrEnergo und die neuen Erdgasverträge

Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, in den 1990er Jahren selbst im Energiehandel aktiv, hatte bereits seit dem Auseinanderbrechen der Koalition der »oranzen Revolutionäre« die Ausschaltung des Zwischenhändlers RosUkrEnergo zu ihrer Chefsache erklärt. Dies war auch das Argument, mit dem sie nun den Abschluss der für die Ukraine ansonsten höchst nachteiligen Lieferverträge in der Öffentlichkeit rechtfertigte. Aus Moskau kehrte sie nicht nur mit Transit- und Liefervertrag, sondern auch mit Zusatzvereinbarungen zurück, die den staatlichen ukrainischen Energiekonzern Naftogaz zur Übernahme der Schulden von RosUkrEnergo gegenüber Gazprom in Höhe von 1,7 Mrd. US-Dollar verpflichteten. Im Gegenzug für die Übernahme der Schulden wurde vereinbart, die Forderungsrechte der Gazprom gegenüber RosUkrEnergo – im Wesentlichen 11 Mrd. m³ Erdgas, die in ukrainischen Erdgasspeichern lagern – an Naftogaz abzutreten. Timoschenko verkaufte dies in der Öffentlichkeit als ihren Erfolg: Sie dividierte die Gasmenge durch den Schuldenbetrag und verkündete, die Ukraine habe 11 Mrd. m³ Erdgas (dies entspricht in etwa den Importen eines Quartals) zum günstigen Preis von 154 US-Dollar/1000m³ erhal-

ten. Damit könne man die Ukraine versorgen, bis sich der Gaspreis auf Grund des niedrigen Ölpreises verringert habe.

Die Materie ist jedoch durch die Verzahnung verschiedener rechtlicher Arenen komplexer: Da RosUkrEnergo in der Schweiz registriert ist, wurde das Gas in der Ukraine nicht verzollt und befindet sich daher juristisch nicht innerhalb der ukrainischen Wirtschaftszone. Damit ist nicht nur der von Timoschenko berechnete Preis für das Gas inkorrekt, da mit der Verzollung die Mehrwertsteuer von 20 Prozent zu zahlen wäre. Bedeutender ist die Tatsache, dass für die Verzollung des Gases in der Ukraine das Einverständnis von RosUkrEnergo gegeben sein müsste, welches aber nicht vorliegt.

Innenpolitischer Konflikt

Die Verzollung des Gases wurde nun zum Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen in der Ukraine. Präsident Juschtschenko stellte sich hinter die »Rechte« von RosUkrEnergo, um persönliche Interessen zu verteidigen und die Gasverträge zu diskreditieren, während Timoschenko versucht, ihren Teilerfolg zu verteidigen. Dabei weiß sie den staatlichen ukrainischen Energiekonzern Naftogaz auf ihrer Seite, da dieser schon aus finanziellen Nöten daran interessiert sein muss, das günstige Gas zu erhalten. Denn die Pflicht von Naftogaz, die von RosUkrEnergo übernommenen Schulden gegenüber Gazprom zu bedienen, gilt laut dem Vertrag mit Gazprom auch dann, wenn die Rechte an den Gasvorräten nicht durchgesetzt werden können.

Zusätzlich verkompliziert wird die Lage durch undurchsichtige persönliche Interessen der Akteure: Der ehemalige Leiter der Zollbehörde, Valerij Choroschkowskij, unterhält ein gemeinsames Medienunternehmen mit Dmitrij Firtasch, einem Anteilseigner von RosUkrEnergo. Als Choroschkowskij sich im Januar noch in seiner ursprünglichen Position weigerte, das Gas der RosUkrEnergo zu verzollen, wurde er von Timoschenko entlassen. Daraufhin ernannte ihn Juschtschenko zum stellvertretenden Leiter des Inlands-

geheimdienstes SBU, der dem Präsidenten untersteht. Nachdem ein Teil des Gases nun in der vergangenen Woche verzollt worden war, nahm der SBU zunächst den zuständigen Mitarbeiter der Zollbehörde fest. Anschließend stürmte die Antiterrorereinheit »Alpha« des SBU die Büroräume von Naftogaz, um in den Besitz der Zolldokumente zu gelangen. Da dies offenbar nicht gelungen ist, drohte Choroschkowskij am Montag damit, die Einheit »Alpha« mit der Durchsuchung von Regierungsgebäuden zu beauftragen.

Auf politischer Ebene wurden die Handlungen des SBU durch Präsident Juschtschenko mit rechtlichen Hinweisen gedeckt: Der Geheimdienst habe das Recht zu handeln, denn er müsse Schaden vom Staat abwenden – die Klagen der RosUkrEnergopro internationalen Schiedsgerichten könnten »kolossale internationale Strafen« für die Ukraine nach sich ziehen. RosUkrEnergobereitet nach Angaben des Verwaltungsratspräsidenten Lars Haussmann und von Vorstandsmitglied Dmitrij Glebko Klagen vor europäischen Gerichten gegen die Ukraine vor. Timoschenko nannte die Handlungen des Geheimdienstes indes einen Beleg für Juschtschenkos Korruption.

Gazproms Rolle

Wenden wir uns nun vom politischen Handgemenge in der Ukraine ab und der Frage zu, welche Rolle der russische Konzern Gazprom in dem Konflikt spielt. Festzuhalten ist, dass Gazprom sich auf Grund seiner strukturellen Position zurücklehnen kann und der lachende Dritte im Konflikt ist. Nicht nur der Gasliefervertrag ist in hohem Maße vorteilhaft für das Unternehmen sondern auch die Verantwortung für die Auseinandersetzung mit RosUkrEnergowurde mit den Zusatzvereinbarungen vollkommen auf die Ukraine übertragen.

Schon während der Verhandlungen wies Gazprom darauf hin, dass alle Fragen bezüglich RosUkrEnergou an die ukrainische Seite zu richten seien. Und dies obwohl Gazprom an dem Unternehmen zu 50 Prozent beteiligt ist und namhafte Gazprom-Manager wie die Vizechefs Alexander Medwedew und Valerij Golubev im »Koordinationskomitee« sitzen. Zudem ist einer der beiden Vorstände des Unternehmens, Nikolaj Dubik, gleichzeitig Vorstandmitglied und Leiter der juristischen Abteilung von Gazprom. Damit wird deutlich, dass das Gazprom-Management auch an der Entscheidung der RosUkrEnergou, Klagen gegen die Ukraine einzuleiten, beteiligt gewesen sein muss – ebenso wie der Vertrag über die Überlassung des Gases von Gazprom vorbereitet und unterzeichnet wurde.

Resümee

Entgegen der bisherigen Behauptungen wurde der Konflikt um den Zwischenhändler also nicht beigelegt, sondern mit Hilfe der Verträge lediglich auf die innerukrainische Ebene verlagert. Hier kann RosUkrEnergoun genutzt werden, um Konflikte zwischen Juschtschenko und Timoschenko zu moderieren. Die Rechnung ist einfach – je instabiler die Lage in der Ukraine, desto rascher wird sich die Zahlungsunfähigkeit von Naftogaz einstellen. Ukrainische Experten rechnen damit, dass diese so oder so im Sommer eintritt, wenn das gespeicherte Gas aufgebraucht ist und größere Mengen aus Russland gekauft werden müssen. Dann könne es zu Neuverhandlungen und zu einer Übertragung des Erdgas-Transportsystems an Gazprom kommen. RosUkrEnergou wurde folglich nicht abgeschafft, sondern in seiner Funktion nur transformiert. Der Slogan des Unternehmens »Harmonie im Management – Perfektion im Resultat« erhält dadurch eine ganz neue Konnotation.

Über den Autor

Jonas Grätz ist Stipendiat der Forschungsgruppe Russland/GUS der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Analyse

Die ukrainische Staatsverwaltung zwischen Theorie und Praxis

Von Kristin Wesemann, Odessa und Matthias Morgner, Kiew

Zusammenfassung

Ist die öffentliche Verwaltung der Ukraine schon auf europäischem Niveau? Sind die Mitarbeiter gut ausgebildet? Es gibt zumindest viele Aus- und Weiterbildungen, die ehrgeizig formuliert sind. Allerdings werden die Versuche, Staatsdiener zu schulen, regelmäßig von der Wirklichkeit ausgebremst. Die Probleme beginnen dort, wo die ausgebildeten Mitarbeiter auf den Apparat mit seinen überholten Strukturen treffen. Beförderungen sind wenig transparent. Über den Karrieresprung entscheidet nicht das Zeugnis, sondern der Chef. Viele Qualifizierte kapitulieren und suchen den Erfolg in der Wirtschaft.

Einleitung

Wer eine Karriere im Staatsdienst anstrebe, sei es als Minister, Gouverneur, Bürgermeister oder aber als leitender Beamter, der tue gut daran, an dem Regionalen Institut für öffentliche Verwaltung des Präsidenten der Ukraine in Odessa zu studieren, meint der Direktor dieser Institution. In der Tat ist die Einrichtung in der Schwarzmeermetropole gut ausgestattet, was freilich auch für die anderen Akademien im Land gilt. Moderne Computer und große Bibliotheken sind überall vorhanden.

Seit 1995 wurden mehr als 12.000 Verwaltungsmitarbeiter in der Nationalen Verwaltungsakademie in Kiew, oder den 4 Regionalen Verwaltungsakademien in Odessa, Lwiw, Kharkiv oder Dnepropetrowsk zum »Magister für öffentliche Verwaltung« ausgebildet. Alle fünf Einrichtungen gehören zum Apparat des ukrainischen Präsidenten, dennoch arbeiten sie – zumindest auf dem Papier – unabhängig von der Nationalen Akademie in Kiew. Die Institute – vormals dienten sie der ukrainischen Sowjetrepublik als Parteischulen – erinnern in Aufbau und Studienangebot an eine westliche Universitätsfakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Neben dem Magisterprogramm bieten die Institute Weiterbildung für Staatsbedienstete an.

Nun sind dies längst nicht die einzigen Einrichtungen, die junge Ukrainer auf den Staatsdienst vorbereiten. Mehr als 60 höhere Bildungseinrichtungen bieten bereits heute verschiedene Kurse zur öffentlichen Verwaltung an, wobei Justiz, Militär und diplomatischer Dienst wiederum eigene Ausbildungswege und Institutionen haben. Dass in der Staatsverwaltung Lehrgänge nötig sind, um das Niveau zu steigern, ist sowohl im Land selbst als auch bei den internationalen Geldgebern unumstritten. So hat die Akademie in Kiew zum Beispiel in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz) und der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin einen

»Master of Public Administration« nach europäischem Vorbild entwickelt. Die ersten 25 Studenten werden in diesen Tagen ihr Zeugnis erhalten. Wo genau sie dann arbeiten werden, ist in den meisten Fällen nicht sicher. Selbst jene, die in Heimatbehörden zurückkehren, können nicht unbedingt mit einer Beförderung rechnen. So sehr versucht wird, in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter zu investieren, so enttäuschend sind momentan die Ergebnisse.

Eintritt in den Staatsdienst

Ende 2007 gab es in der Ukraine 275.000 Staatsbedienstete. Das sind 60 % mehr als 1995, wobei dies vor allem auf den Ausbau der regionalen Strukturen der staatlichen Verwaltung zurückzuführen ist, wie Grafik 2 auf Seite 7 zeigt. Die theoretische Existenzgrundlage für ukrainische Staatsdiener ist das »Gesetz über den öffentlichen Dienst« aus dem Jahr 1993. Laut Artikel 1 erfüllen Angehörige des Staatsdienstes Aufgaben in staatlichen Organen und deren Verwaltungen. Da die Ukraine ein zentralistischer Staat ist, erstreckt sich die staatliche Verwaltung (mit Ausnahme der Autonomen Republik Krim) über die nationale, regionale, und lokale Ebene. Alle Einrichtungen des medizinischen, Bildungs- und kulturellen Sektors sind, obwohl überwiegend aus dem öffentlichen Haushalt finanziert, keine staatlichen Organe im Sinne dieses Gesetzes, und deren Mitarbeiter damit keine Staatsdiener. Dasselbe gilt für Wehrdienstleistende, Polizisten und Wachpersonal.

Jeder Ukrainer hat das Recht im Staatsdienst tätig zu werden wenn er »entsprechend ausgebildet und berufserfahren ist« und »ein kompetitives Auswahlverfahren oder eine vom Ministerkabinett vorgegebene andere Prozedur« durchlaufen und bestanden hat (Art. 4). Der Personalbedarf der Verwaltung wird jedoch selten mithilfe moderner Personalentwicklungsinstrumente – wie konkret beschriebener Stellen oder Zielvereinbarungen – gedeckt. Trotz der vom Gesetz in Artikel 25 vorge-

schriebenen öffentlichen Ausschreibungen und Bewerbungsprozesse für vakante Stellen sind persönliche Kontakte nach wie vor sehr wichtig. Den Vorgaben des Gesetzes steht allzu oft das Prinzip »Loyalität vor Qualität« entgegen. Dann entscheiden nicht Personalabteilungen über Einstellungen und Kündigungen, sondern Behördenleiter.

Aus- und Fortbildung im Staatsdienst

In der Ukraine gibt es keine spezifische Ausbildung für Staatsdiener. Auch bestimmte Berufsgruppen, wie etwa die Juristen im deutschen Beamtentum, dominieren den Staatsdienst nicht. Staatsdiener können allerdings in der Postgraduiertenausbildung einen Magisterabschluss in öffentlicher Verwaltung mit diversen Spezialisierungen wie Staatsverwaltung, Lokalverwaltung, Nationale Sicherheit, Soziales/Medizin erwerben. Diese Studienabschlüsse kann man in einem 15-monatigen Direktstudium oder auch als Fern- oder Abendstudium an den Verwaltungsakademien erlangen – freilich ohne, dass daraus direkte Vorteile für die Karriere entstünden. Die Teilnahme ist für aktive Staatsdiener kostenlos; gegen Gebühr stehen die Programme auch Interessierten offen. Der Stundenplan für diesen Magister ist international anerkannt: Recht, Politik, Wirtschaft, Personal und Kommunikation finden sich darauf. Nur der Bezug zur Praxis fehlt oft. Moderne Konzepte wie etwa zum Management öffentlicher Finanzen oder von Personal gibt es meist gar nicht.

Die Teilnahme an Fortbildungen ist für Staatsdiener Pflicht; zumindest einmal in drei Jahren muss ein solcher Kurs absolviert werden. Die Kurse dauern zwischen einem Tag und zwei Wochen. Offiziell planen die entsendenden Behörden das Angebot. Dabei wird aber kaum die Nachfrage der Kursteilnehmer – gemessen etwa an der Popularität einzelner Kurse – berücksichtigt, und auch von einer Bedarfsanalyse der entsendenden Behörden kann nicht die Rede sein, denn Personalentwicklungskonzepte haben diese Behörden in der Regel nicht. Die Kurstitel versprechen oft mehr, als in Wahrheit geboten wird. So wird statt des angekündigten e-Government schon mal die Einführung in Excel gelehrt und hinter dem Vokabular moderner Verwaltungslehre verbergen sich selten dessen Inhalte. Pro Jahr besuchen etwa 5000 Staatsdiener diese Fortbildungen, den Bedarf schätzen Experten bis zu sechsmal höher an.

Karriere im Staatsdienst

Im ukrainischen Staatsdienst gibt es sieben Kategorien; wer in welcher Kategorie arbeitet, richtet sich nach der

Einordnung seiner Behörde in der staatlichen Hierarchie, die in der Dokumentation auf Seite 14 widergegeben wird. Innerhalb jeder Kategorie gibt es drei Stufen, die sich aus der Stellenbeschreibung sowie aus Berufserfahrung und Ausbildung des Mitarbeiters ableiten. Der Einstieg in den Staatsdienst ist in jeder Kategorie möglich. Das Gesetz verlangt für Beförderungen besondere Qualitäten wie absolvierte Fortbildungen, Leistung und Eigeninitiative. Aber auch ein schlichter Arbeitsplatzwechsel kann helfen. Wichtiger ist – ähnlich wie bei der Einstellung – der Draht nach oben. Ein Einzelner kann die Leistung des Untergebenen beurteilen und somit über den Aufstieg entscheiden. Erfahrene Mitarbeiter sagen, wenn auch nur hinter vorgehaltener Hand: »Es ist kein Geheimnis, dass persönliche Beziehungen alles sind. Gegen den Willen des Chefs macht niemand Karriere.«

Neben der regulären Beförderung, gibt es andere Wege, eine oder mehrere Stufen auf der Karriereleiter zu überspringen. So kann, wer den Staatsdienst verlässt, um ein paar Jahre in der Wirtschaft zu arbeiten, an einer höheren Stelle wieder einsteigen. Auch diese Entscheidung trifft allein der neue Vorgesetzte. Es soll nicht bestritten werden, dass ein solcher Ausflug nach draußen später die Effizienz der Verwaltung steigern kann. Es wird aber auch einleuchten, dass Staatsdiener dabei vor allem Kontakte in die Wirtschaft sammeln, die den neuen – und auch oft den alten – Kollegen in der Verwaltung nutzen.

Die Chance auf Beförderung erhöht auch die Mitgliedschaft in der sogenannten Kaderreserve. Hierbei handelt es sich um einen Pool von Führungskräften mit entsprechender Erfahrung und Ausbildung. Sie werden bevorzugt, wenn freie Stellen zu besetzen sind. Die einzelne Behörde stellt ihre Kaderreserve auf und muss sie jährlich von der Regierung bestätigen lassen.

Das Hauptamt Staatsdienst

Um die bekannten Probleme und Unzulänglichkeiten soll sich eine spezielle Behörde kümmern, das Hauptamt Staatsdienst. Es ist der Regierung unterstellt; 120 Mitarbeiter in Kiew und weitere in den Außenstellen der Behörde in den Regionen (Oblasten) der Ukraine sollen gemäß Statut beobachten und kontrollieren, aber auch gestalten. Die Behörde passt auf, dass die öffentliche Verwaltung die speziell für sie erlassenen Rechtsgrundlagen einhält und Mitarbeiter beispielsweise nachvollziehbar einstellt, befördert oder kündigt. Hinzu kommt die Personalplanung für den gesamten ukrainischen Staatsdienst, einschließlich der Weiterbildung. Dieser Aufgabenfülle wird die Behörde wegen fehlender gesetzlicher

Kompetenzen und der Konkurrenz zu anderen Ämtern derzeit nur schwer gerecht.

Attraktivität des Staatsdienstes

Attraktive Karrieren im öffentlichen Dienst der Ukraine bleiben die Ausnahme. Zu groß sind die Unwägbarkeiten, die der Einzelne oft nicht beeinflussen kann. Wer strebt dennoch in den Staatsdienst? Meist sind es die Jungen, die Hälfte der Beschäftigten ist unter 34 Jahre alt. Führungspositionen werden jedoch überwiegend von älteren Staatsdienern besetzt. Die 35 bis 45 Jährigen stellen knapp ein Drittel der Führungskräfte, fast die Hälfte der Führungskräfte ist aber älter als 45, wie Grafik 1 auf Seite 6 zeigt.

Berufsanfänger sind also zumeist Sachbearbeiter. Zwar gibt es einige Ideen und Programme, um junge Fachleute für den Staatsdienst zu begeistern, doch überzeugen diese meist nur auf dem Papier. Gerade in diesen Tagen hat eine Absolventenbörse mit potenziellen Arbeitgebern offenbart, wie gering das Interesse an qualifiziertem Nachwuchs ist – zumal bei jenen, die dort bereits fest im Sessel sitzen. Der ständige Hinweis auf die Wirtschaftskrise klang verlogen, da auch im vergangenen Jahr viele Absolventen der Nationalen Akademie frustriert und demotiviert abgezogen waren.

Dennoch ist die Fluktuation mit jährlich 15 % hoch. So verließen 2007 insgesamt 40.000 Staatsdiener ihre Tätigkeit, was einem Anteil von etwa 15 % entspricht. Die Hälfte davon ging auf eigenen Wunsch. Zugleich traten 60.000 Ukrainer in den Staatsdienst ein. Daneben gibt es eine stabile Gruppe von Mitarbeitern von etwa 40 % die schon zwischen fünf bis fünfzehn Jahren für den Staat arbeiten. Wenig überraschend ist die Geschlechterverteilung: Drei Viertel aller Staatsdiener sind Frauen, bei den Führungskräften sinkt dieser Anteil auf etwa 50 %.

Die Gründe für den Eintritt in den Staatsdienst sind vielfältig und schwer einzuordnen. Wichtig ist sicher die Möglichkeit, die Zukunft des Landes mitzugestalten. Wer aber vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise mit Staatsdienern sprach, hörte häufig zwei weitere Sätze: »Ich verdiene relativ gut, wenn auch weniger als in der Wirtschaft. Dafür sind aber auch der Druck und der Stress geringer.« Die Gehälter liegen nach offiziellen Statistiken über dem Durchschnittseinkommen, wobei dieser finanzielle Vorteil in den wirtschaftsschwachen Regionen noch deutlicher ist, wie Grafik 3 auf Seite 8 zeigt. Bis Ende 2008 ließ sich damit ein guter Lebensstandard finanzieren. Quasi routinemäßige Zuschläge und andere Prämien verbesserten das Grundgehalt. Diese sind nun mit Hinweis auf die Wirtschaftskrise

gestrichen worden, das Einkommen hat sich stark verringert. Der derzeitige Zustand des Staatshaushalts lässt nicht nur weitere Kürzungen (oft um 30 % und mehr) vermuten, sondern auch Kündigungen. Wer kann, wird sich außerhalb des Staatsdienstes besser bezahlte Arbeit suchen. Arbeitgeber machen sich häufig so genannte Umstrukturierungen zunutze, um Mitarbeiter zu entlassen. Dies ist möglich, da ein Staatsdiener keinen besonderen personalrechtlichen Status hat, so dass er leicht kündigen und ebenso leicht gekündigt werden kann.

Zwei weitere Motive, die es offiziell natürlich nicht gibt, locken in den Staatsdienst: die häufig geringen Anforderungen, die einen recht bequemen Büroalltag ermöglichen, und die Möglichkeit der persönlichen Vorteilnahme, die theoretisch fast jedes öffentliche Amt bietet. Welche Pflichten man mit dem Eintritt in den Staatsdienst übernimmt, ist vielen nicht klar. Es wird auch selten gelehrt. Die Ukraine ist unbestritten ein sehr korruptes Land. Wenn die unabhängigen Analysen von *transparency international* ein korrektes Bild wiedergeben, ist die Korruption in den eigentlichen Zuständigkeitsbereichen des Staatsdienstes etwas weniger stark ausgeprägt als in Justiz, politischen Parteien und dem Parlament – also dort, wo die wirklichen Entscheidungen getroffen werden. Öffentliche Dienstleistungen wie Anmeldungen, Registrierungen, Genehmigungen, Bildung und Medizin sind etwas weniger betroffen, wie die Grafik 2 auf S. 11 und die Tabelle 1 auf S. 12 zeigen.

Ausblick

Als Folge der Wirtschaftskrise gibt es – zusätzlich zu Lohnkürzungen – einen Einstellungsstopp. In der Theorie könnte diese Krise und der damit verbundene Sparzwang als Anlass dienen, Strukturen zu erneuern, Arbeit sinnvoller zu verteilen und Ausgaben zu reduzieren. Wahrscheinlicher ist, dass viele der am besten Qualifizierten kündigen werden – aus Wut über die nun nicht mehr attraktiven Gehälter und aus Frust, dass sich strukturell wieder einmal nichts ändert. Das Niveau in den Behörden, Ämtern und Organisationen des Staates dürfte sinken.

Das Gesetz über den Staatsdienst, mehr als 15 Jahre alt, ist in vielen Punkten nicht nur überholt, sondern steht mittlerweile im Widerspruch zu vielen, später verabschiedeten Erlässen, inklusive der Verfassung von 1996. Der Entwurf eines neuen Gesetzes über den Staatsdienst ist seit mehreren Jahren und in mehreren Redaktionen in der Diskussion. Im Zustand der andauernden politischen Blockade ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass ein neues Gesetz bald verabschiedet wird. Die Prognosen für die Reform und Entwicklung des

ukrainischen Staatsdienstes sind momentan pessimistisch. Den Staatsdienern muss man aber zugute halten, dass zumindest politische Krisen in den vergangenen Jahren eher der Normalzustand waren und es eben die

öffentliche Verwaltung ist, die dafür sorgt, dass sich Wirtschaft und Alltagsleben einigermaßen stabil haben entwickeln können.

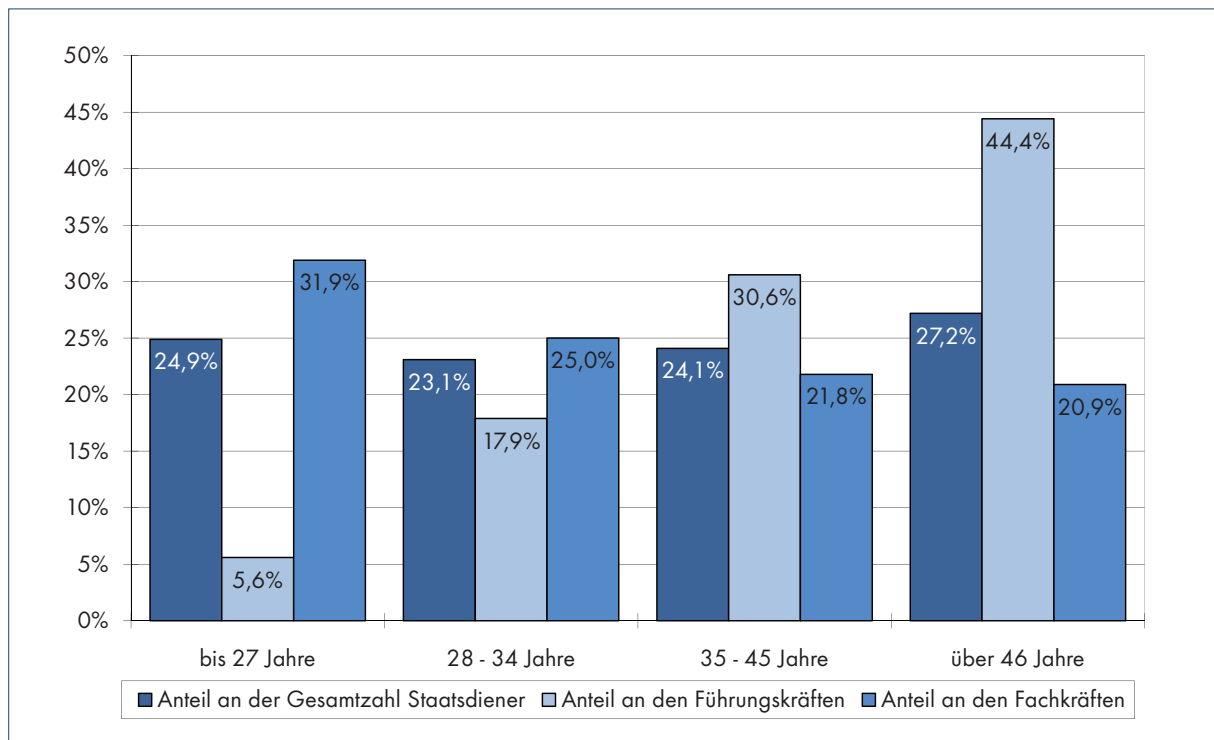
Über die Autoren

Dr. Kristin Wesemann und Matthias Morgner arbeiten als Berater an den Verwaltungsakademien in Odessa (Wesemann) und Kiew (Morgner). Ihre Tätigkeit wird gefördert vom CIM-Programm der deutschen Bundesregierung. Die Autoren können kontaktiert werden unter kristin.wesemann@cimonline.de und matthias.morgner@gmail.com

Tabellen und Grafiken zum Text

Statistiken zu den ukrainischen Staatsbediensteten

Grafik 1: Altersprofil der Staatsbediensteten

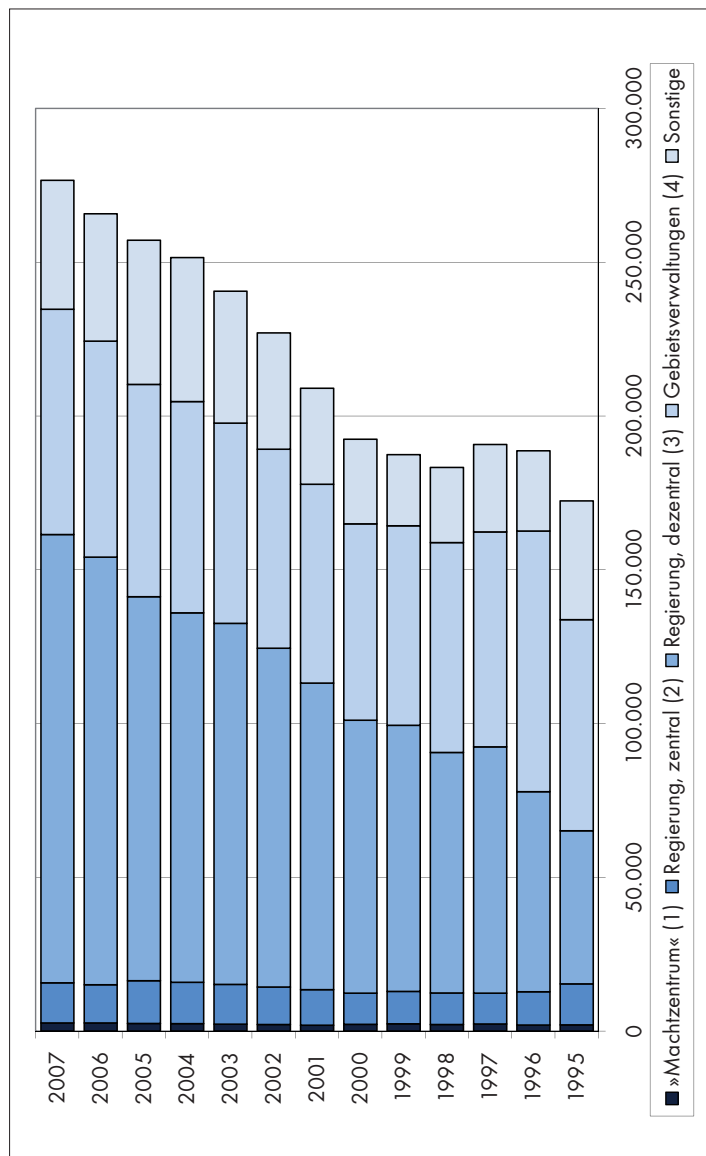


Anmerkung: Das Renteneintrittsalter beträgt für männliche Bedienstete 59 Jahre und für weibliche 54 Jahre.

Quelle: Ukrainisches Hauptamt Staatsdienst,

http://www.guds.gov.ua/control/ru/publish/article?showHidden=1&art_id=104570&cat_id=40889&ctime=1209033331760

Grafik 2: Zahl der Staatsbediensteten nach Einsatzebenen



	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
»Machtzentrum« (1)	2.033	1.989	2.326	2.134	2.346	2.190	1.928	2.115	2.224	2.439	2.501	2.645	2.620
Regierung, zentral (2)	13.287	10.788	9.980	10.237	10.521	10.143	11.535	12.227	12.940	13.402	13.871	12.400	13.076
Regierung, dezentral (3)	49.780	65.054	80.108	78.197	86.542	88.710	99.644	110.092	117.359	120.145	124.843	139.019	145.726
Gebietsverwaltungen (4)	68.611	84.699	69.835	68.208	64.881	63.874	64.651	64.716	65.131	68.626	68.995	70.226	73.243
Sonstige	38.635	26.096	28.461	24.448	23.089	27.492	31.234	37.835	42.874	46.859	46.902	41.413	41.894
Staatsdiener, gesamt	172.346	188.626	190.710	183.224	187.379	192.409	208.992	226.985	240.528	251.471	257.112	265.703	276.559

Anmerkungen:

(1) Sekretariate von Präsident und Regierung, Parlamentsapparat

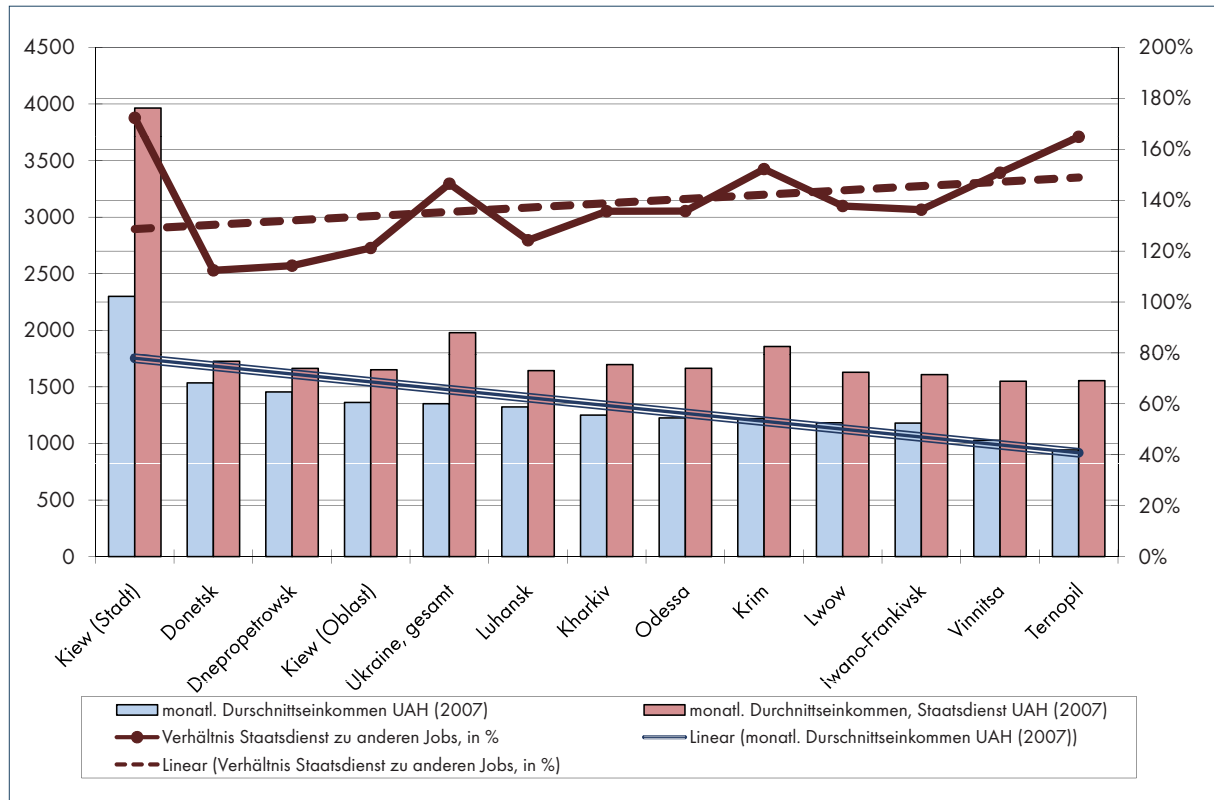
(2) Ministerien und vergleichbare Behörden in Kiew

(3) Ausstellen der Ministerien und anderer Behörden in den Regionen

(4) Regional- und Stadtverwaltungen

Quelle: Ukrainisches Hauptamt Staatsdienst.

http://www.guds.gov.ua/control/ru/publish/article?showHidden=1&art_id=104058&cat_id=40889&ctime=1208610008650

Grafik 3: Gehälter im Staatsdienst im Vergleich zum Durchschnittslohn


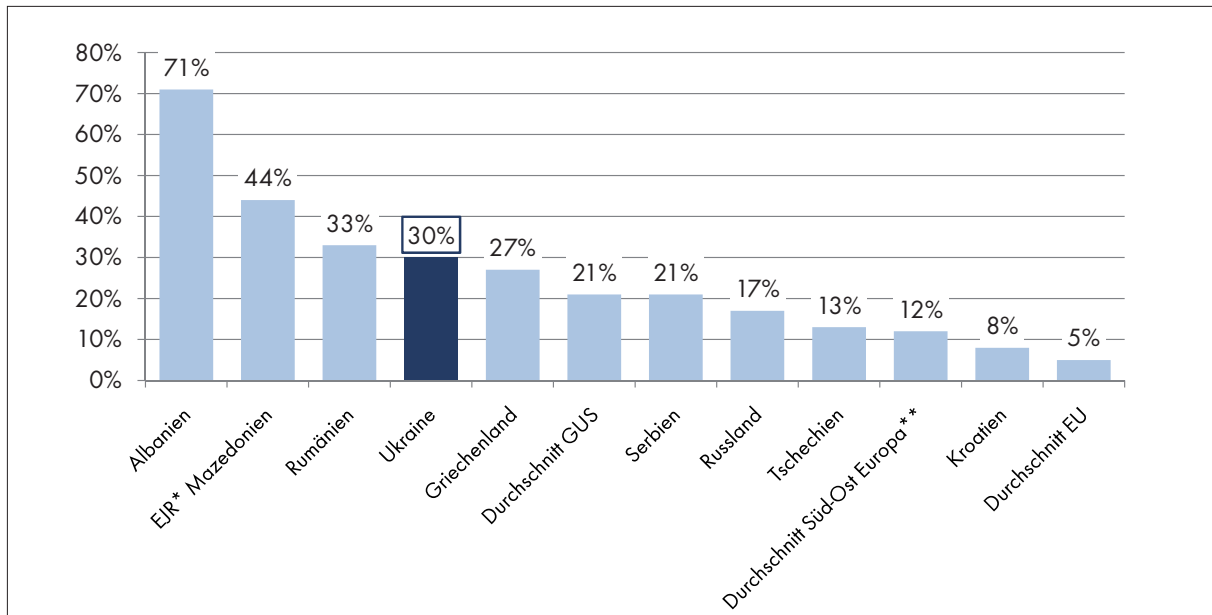
	monatl. Durchschnitts- einkommen UAH (2007)	monatl. Durchschnitts- einkommen, Staatsdienst UAH (2007)	Verhältnis Staatsdienst zu anderen Jobs, in %
Kiew (Stadt)	2300	3964	172,35%
Donetsk	1535	1726	112,44%
Dnepropetrowsk	1455	1663	114,30%
Kiew (Oblast)	1362	1651	121,22%
Ukraine, gesamt	1351	1979	146,48%
Luhansk	1323	1644	124,26%
Kharkiv	1251	1697	135,65%
Odessa	1226	1664	135,73%
Krim	1220	1857	152,21%
Lwow	1183	1629	137,70%
Iwano-Frankivsk	1180	1608	136,27%
Vinnitsa	1028	1550	150,78%
Ternopil	943	1555	164,90%

Quellen: Ukrainisches Staatliches Statistikamt und Hauptamt Staatsdienst, http://ukrstat.gov.ua/control/ru/localfiles/display/operativ/operativ2006/gdn/prc_rik/prc_rik_r/dszpR_r2006.htm
http://www.guds.gov.ua/control/ru/publish/article?showHidden=1&art_id=105132&cat_id=40889&ctime=1210180026948

Umfrage

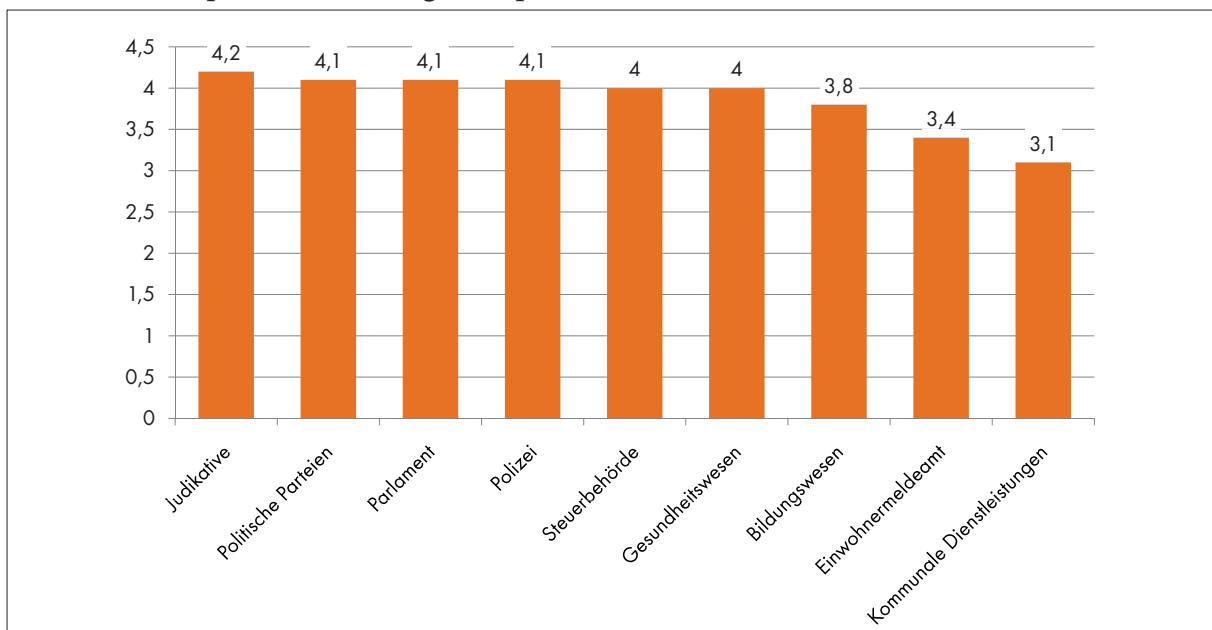
Korruption in der ukrainischen Staatsverwaltung

Grafik 1: Anteil von Korruption bei Inanspruchnahme von Dienstleistungen



* EJR = Ehemalige jugoslawische Republik; ** Süd-Ost Europa: Albanien, Bosnien-Herzegowina, EJR Mazedonien, Kosovo, Kroatien, Serbien und die Türkei

Grafik 2: Ausmaß der Korruption in der Ukraine in einzelnen Bereichen von Staat und Politik (1 = nicht korrupt, 5 = vollständig korrupt)



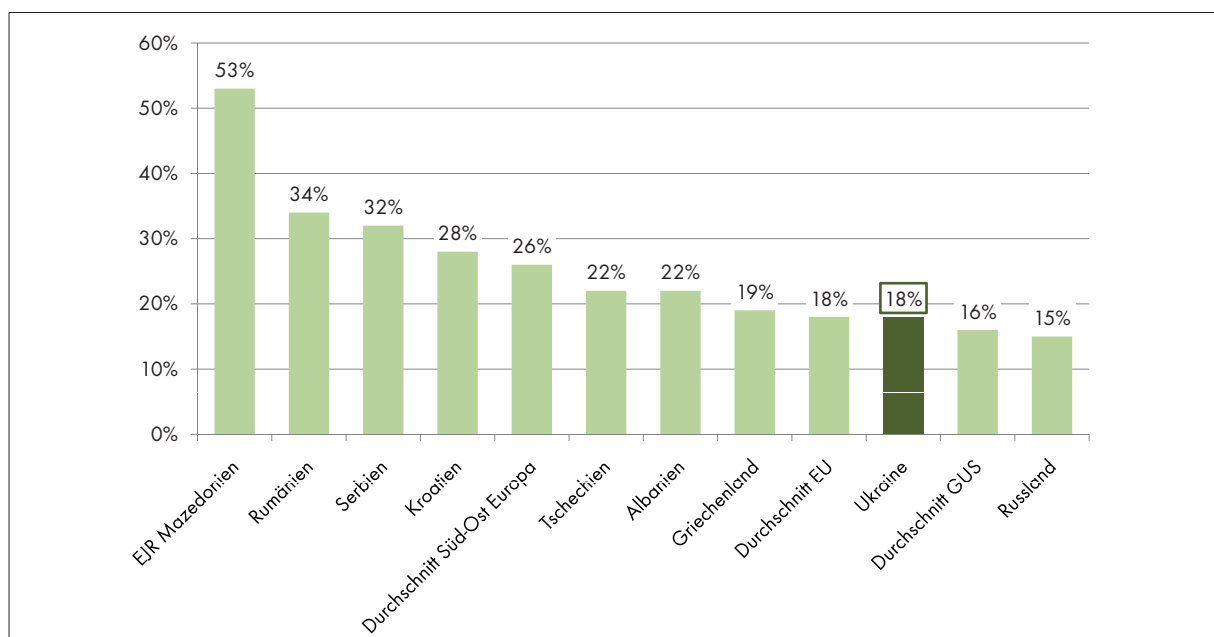
Quelle: Repräsentative Umfragen im Juni bis September 2007 im Auftrag von Transparency International, veröffentlicht in: Transparency International (TI) Global Corruption Barometer 2007, S.21–24,

http://www.transparency.org/content/download/27256/410704/file/GCB_2007_report_en_02-12-2007.pdf

Tabelle 1: Ausmaß der Korruption in einzelnen Bereichen von Staat und Politik im internationalen Vergleich (1 = nicht korrupt, 5 = vollständig korrupt)

	Politische Parteien	Parlament	Bildungswesen	Judikative	Gesundheitswesen	Polizei	Einwohnermeldeamt	Kommunale Dienstleistungen	Steuerbehörde
<i>EU Ø</i>	3,7	3,2	2,3	2,9	2,7	2,7	2,5	2,7	2,8
Griechenland	4,1	3,4	2,9	3,6	3,5	3,3	2,3	3,3	3,8
Tschechien	3,6	3,4	2,9	3,6	3,4	3,8	3,4	2,5	2,6
Polen	4,2	3,9	3,1	3,8	4,0	3,8	3,7	2,7	3,2
Rumänien	3,9	3,9	3,0	3,8	3,7	3,7	2,9	2,4	2,6
<i>GUS Ø</i>	3,8	3,9	3,8	4,0	3,9	4,1	3,6	3,0	3,5
Russland	3,7	3,9	3,8	4,0	3,9	4,1	3,7	3,0	3,4
Ukraine	4,1	4,1	3,8	4,2	4,0	4,1	3,4	3,1	4,0
<i>Süd-Ost Europa Ø</i>	3,8	3,7	3,8	3,9	4,1	3,9	3,7	3,7	3,9
Albanien	3,3	3,2	2,9	3,8	4,2	3,7	3,7	3,7	3,6
Kroatien	4,0	3,9	3,3	4,3	4,2	3,8	3,6	3,1	3,4
EJR Mazedonien	4,1	4,0	4,3	4,5	4,5	4,1	3,5	3,0	3,7
Serbien	4,0	3,6	3,6	3,8	3,8	3,6	2,7	2,6	2,9

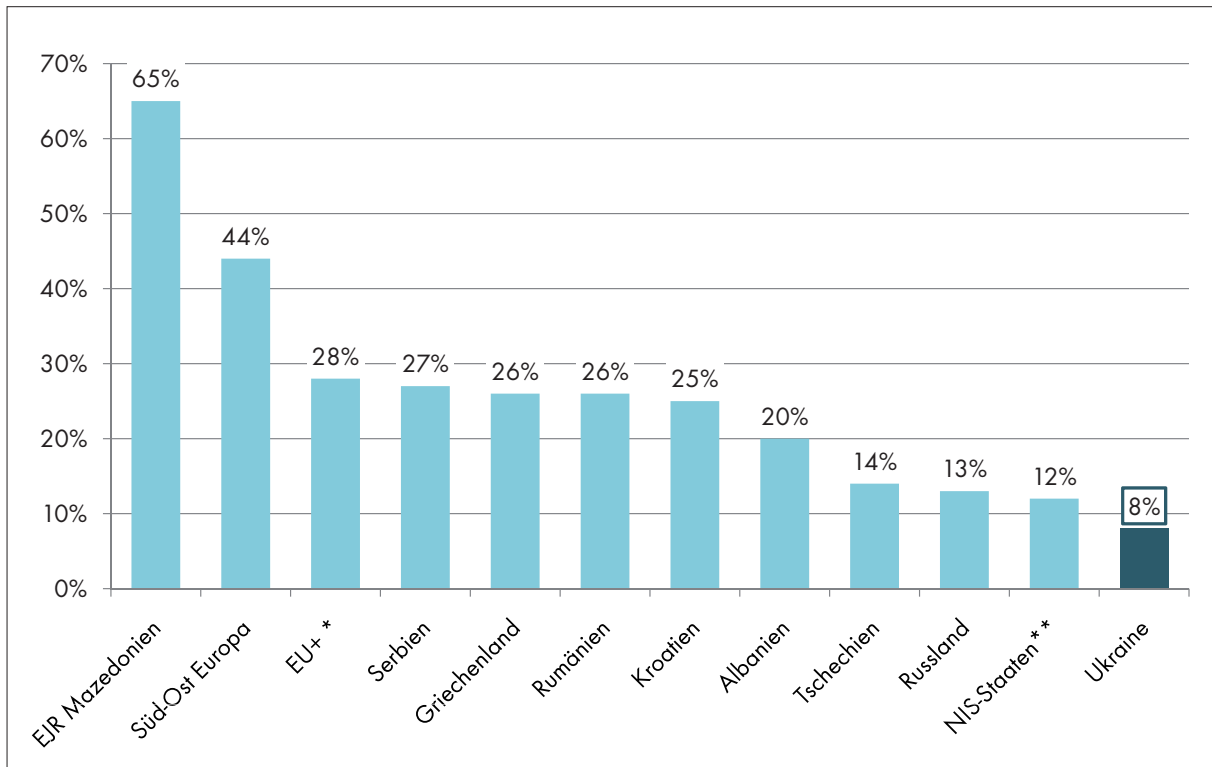
Grafik 3: Erwartung eines Rückgangs der Korruption? (Anteil der Zustimmung bezogen auf die nächsten drei Jahre)



Quelle: Repräsentative Umfragen im Juni bis September 2007 im Auftrag von Transparency International, veröffentlicht in: Transparency International (TI) Global Corruption Barometer 2007, S.21–24,

http://www.transparency.org/content/download/27256/410704/file/GCB_2007_report_en_02-12-2007.pdf

Grafik 4: Bekämpft die Regierung Korruption effektiv? (Anteil der Zustimmung bezogen auf die Regierung vom Sommer 2007)



Anm.: * EU+: Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Island, Italien, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische Republik und Vereinigtes Königreich; ** NIS-Staaten: hier: Moldawien, Russland und Ukraine

Quelle: Repräsentative Umfragen im Juni bis September 2007 im Auftrag von Transparency International, veröffentlicht in: Transparency International (TI) Global Corruption Barometer 2007, S.21–24,

http://www.transparency.org/content/download/27256/410704/file/GCB_2007_report_en_02-12-2007.pdf

Dokumentation

Behördenhierarchie der ukrainischen Staatsverwaltung

(Kategorien nach Art. 25 des Gesetzes über den Staatsdienst)

1st category – positions of the heads of state committees, that are not the members of the government; the heads of other central executive agencies under the Cabinet of Ministers of Ukraine; the President's of Ukraine Permanent Representative in the Autonomous Republic of Crimea; representatives of the President of Ukraine in oblasts, cities Kyiv and Sevastopol; first deputies of the ministers; first deputies of the heads of state committees, that form the part of the government; heads of the President's of Ukraine Administration; the Secretariat of the Verkhovna Rada and other similar positions;

2nd category – positions of deputies of the head of the President's of Ukraine Administration; deputies of head of the Secretariat of the Verkhovna Rada; deputies of the head of the Cabinet of Ministers of Ukraine Office; heads of organization departments of the Secretariat of the Verkhovna Rada, secretariats of the permanent commissions of Ukraine, the President's of Ukraine Administration, the Cabinet of Ministers of Ukraine Office; advisors and assistants of the President of Ukraine, deputies of the ministers; deputies of heads of state committees that form the part of the government; first deputies, deputies of heads of committees and other central executive agencies under the Cabinet of Ministers of Ukraine, first deputy of the Permanent Representative of the President of Ukraine in the Autonomous Republic of Crimea, first deputies of heads of Oblast State Administrations, Kyiv and Sevastopol City State Administrations and other similar positions;

3rd category – positions of deputies of heads of organization departments, heads of sections, chief specialists, experts, advisors to the President's of Ukraine Administration; the Secretariat of the Verkhovna Rada of Ukraine and the Cabinet of Ministers of Ukraine Office; deputies of the Permanent Representative of the President of Ukraine in the Autonomous Republic of Crimea; deputies of heads of Oblast State Administrations, Kyiv and Sevastopol City State Administrations, representatives of the President of Ukraine in regions, Kyiv and Sevastopol regions; heads of departments, independent units in staff of ministries, other central executive bodies and other similar positions;

4th category – positions of specialists of the President's of Ukraine Administration; the Secretariat of the Verkhovna Rada and the Cabinet of Ministers of Ukraine Office; deputies of heads of departments, independent units (divisions) of the ministries and other central executive agencies; heads of departments, units, services of oblast public administration, Kyiv and Sevastopol local public administrations and other equated positions;

5th category – positions of specialists of the ministries, other central executive agencies; deputies of the President's of Ukraine representatives in regions, Kyiv and Sevastopol regions; deputies of heads of departments, units, services of Oblast State Administrations, Kyiv and Sevastopol City State Administrations; specialists of apparatus of these administrations and other similar positions;

6th category – positions of heads of departments, services of Regional State Administrations, Regional State Administrations in Kyiv and Sevastopol, specialists of departments, units, services of Oblast State Administrations, Kyiv and Sevastopol City State Administrations and other similar positions;

7th category – positions of the specialists of Regional State Administrations, Regional State Administrations in Kyiv and Sevastopol, departments and units of these administrations and other similar positions.

Quelle: *Ukrainisches Hauptamt Staatsdienst*, http://guds.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=41616&cat_id=38067

Umfrage

Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowetzki in der Kritik

Mit Beginn des neuen Jahres ist es unruhig geworden in Kiew. Seit Februar finden immer häufiger Protestaktionen auf den Straßen statt und das Ansehen des Bürgermeisters ist in ungekannte Tiefen gesunken: Nur noch 5,7 % der Kiewer würden ihm heute ihre Stimme geben.

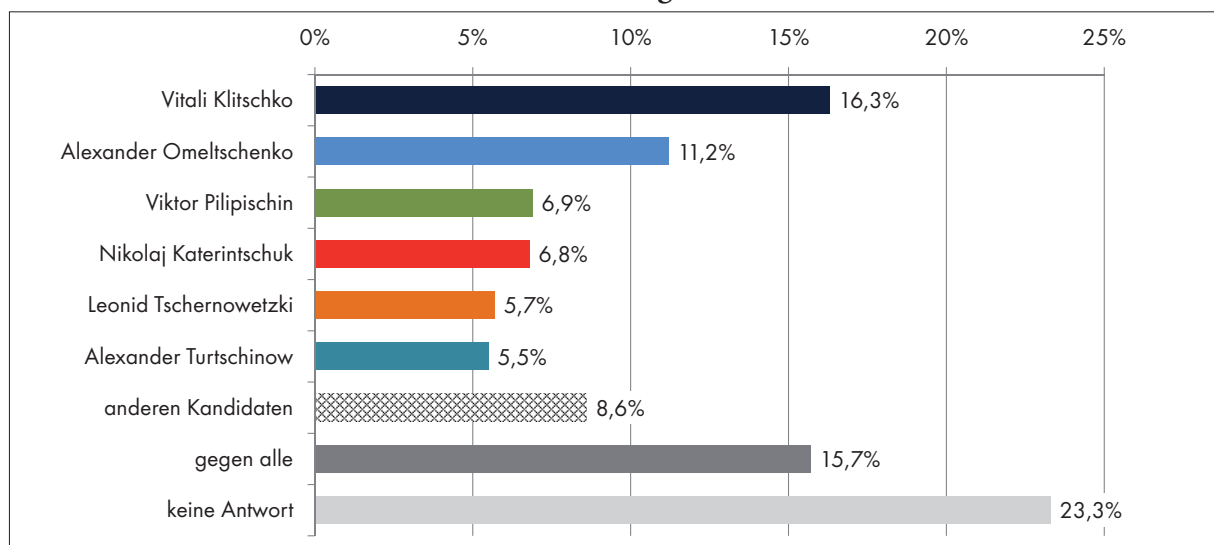
Grund für den Unmut sind verschiedene Initiativen Tschernowetzkis, von der Erhöhung der Metropreise und der Einführung von Gebühren für die medizinische Versorgung bis hin zu einer Steuer für Junggesellen. Einige seiner Vorhaben wurden von der Kiewer Staatsanwaltschaft für verfassungswidrig erklärt, andere, wie die Verdreifachung der Wohnungs- und Kommuntarife, von der Opposition sowie der Bevölkerung heftig kritisiert. Daneben fordern Lehrer und Ärzte lautstark ihr Gehalt ein und beklagen Gas- und Wasserausfälle in den Krankenhäusern und Schulen der Stadt.

Am 12. Februar fand eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern gegen die Politik Tschernowetzkis vor dem Rathaus statt. Zur gleichen Zeit beschlossen die Abgeordneten der Opposition den Vorsitzenden des Stadtrates Oles Dowgij (Block Tschernowetzki) für die laufende Sitzung von seiner Leitungsfunktion zu entbinden. Nachdem er die Sitzung beendet hatte, blieben die Abgeordneten im Versammlungssaal und entschieden, einigen Forderungen der Demonstranten nachzukommen. Sie hoben u. a. die Erhöhung der kommunalen Tarife auf und beschlossen diese Neuerung sofort in den immer noch nicht verabschiedeten Haushalt für 2009 aufzunehmen. Die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse wird aus den Reihen des Bürgermeisters angezweifelt. Eine Woche später konnte dann der Haushalt überraschend zur Verabschiedung angenommen und am 6. März mit 92 von 118 Stimmen als ausgeglichen bestätigt werden. Noch am selben Tag unterschrieb der kommissarische Leiter der Kiewer Stadtverwaltung Anatolij Golubtschenko die endgültige Aufhebung der Erhöhung der Wohnungs- und Kommuntarife, während sich sein Vorgesetzter Tschernowetzki seit 19. Februar im Urlaub befindet.

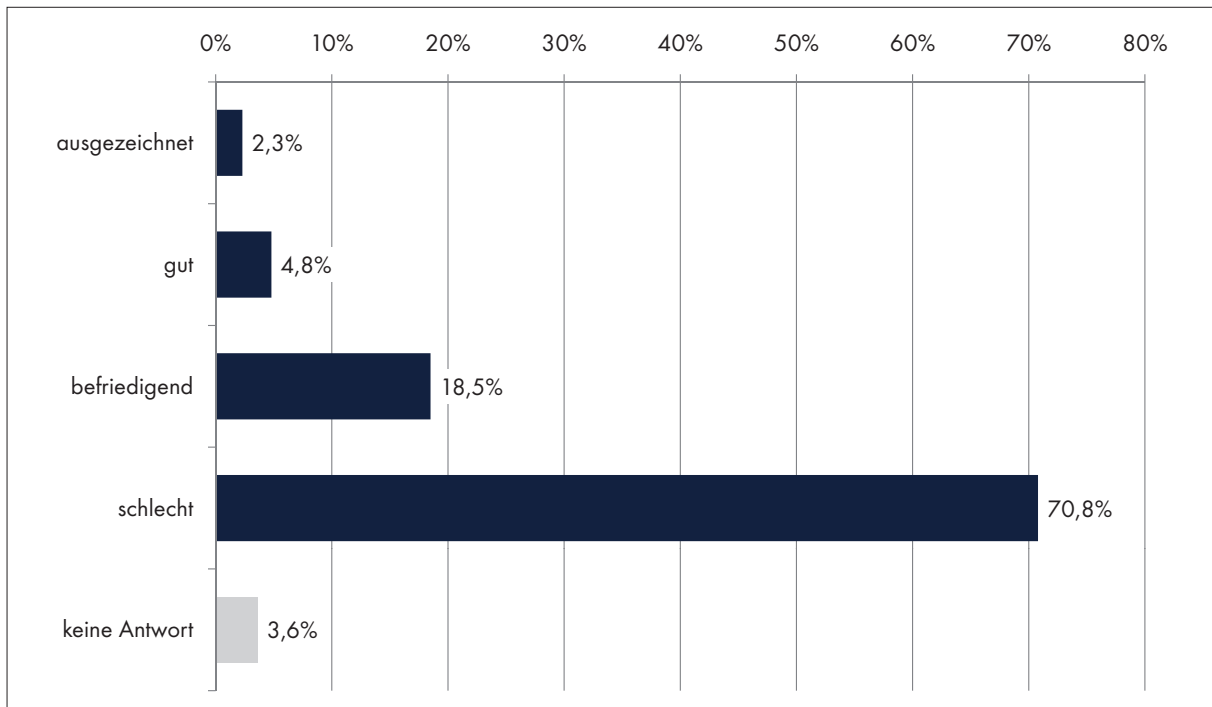
Neue Konflikte sind bereits absehbar. Präsident Juschtschenko hat die vom Bürgermeister eigenmächtig durchgeführte Ernennung von fünf seiner insgesamt 13 Stellvertreter annulliert und zwei Kiewer Bezirksräte haben Tschernowetzki ihr Misstrauen ausgesprochen. Eine Meinungsbekundung möchten sie nun auch der Bevölkerung ermöglichen – in einem Referendum.

Judith Janiszewski

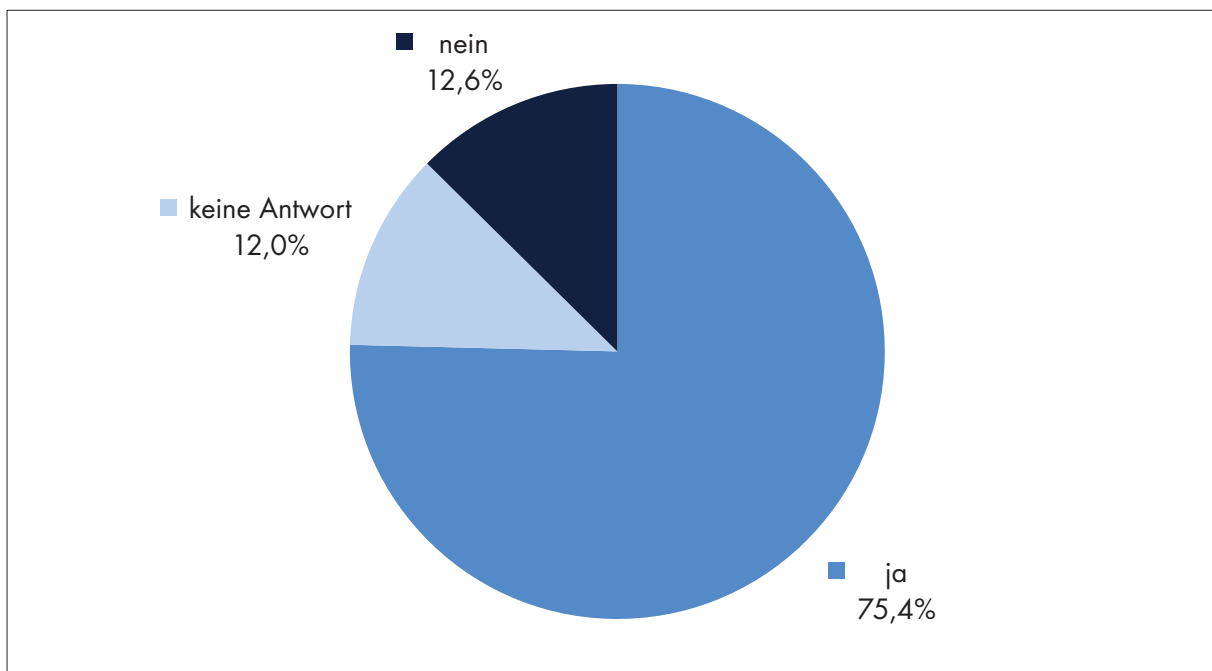
Grafik 1: Wen würden Sie wählen, wenn heute Bürgermeisterwahlen wären?



Quelle: Umfrage des Horschenin-Instituts, durchgeführt zwischen 10. und 14. Februar 2009, zitiert nach: *Zerkalo nedeli*, 23.2.2009, S. 7.

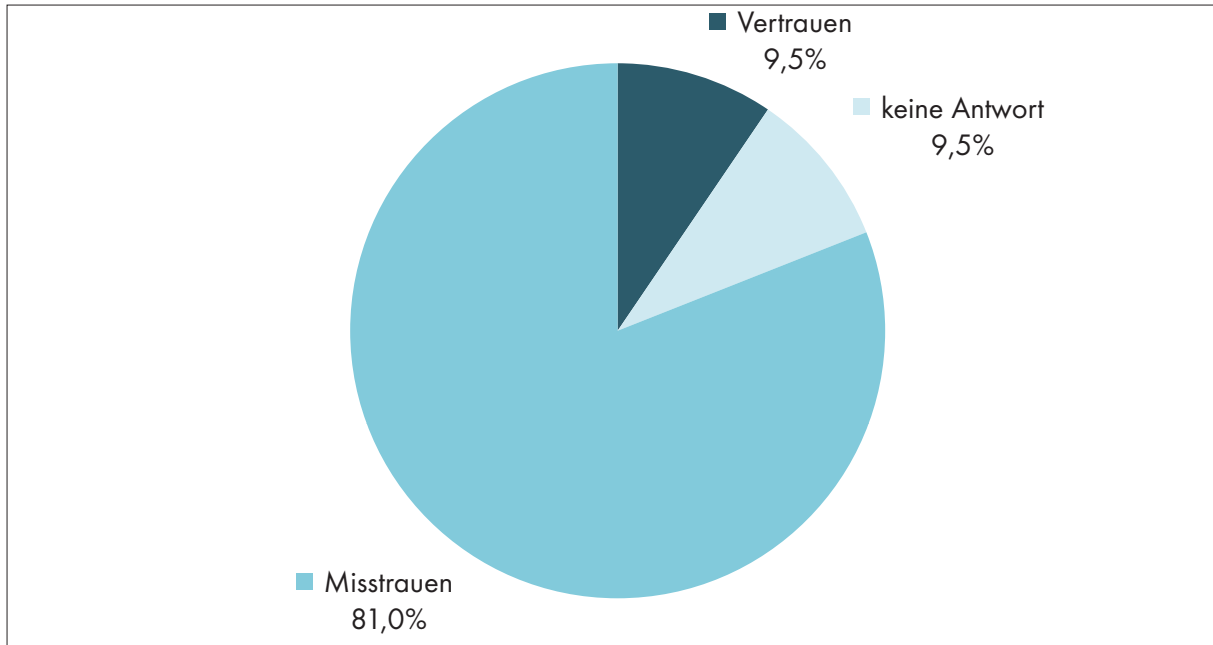
Grafik 2: Wie bewerten Sie die Arbeit Leonid Tschernowetzkis?


Quelle: Umfrage des Horschenin-Instituts, durchgeführt zwischen 10. und 14. Februar 2009, zitiert nach: Zerkalo nedeli, 23.2.2009, S. 7.

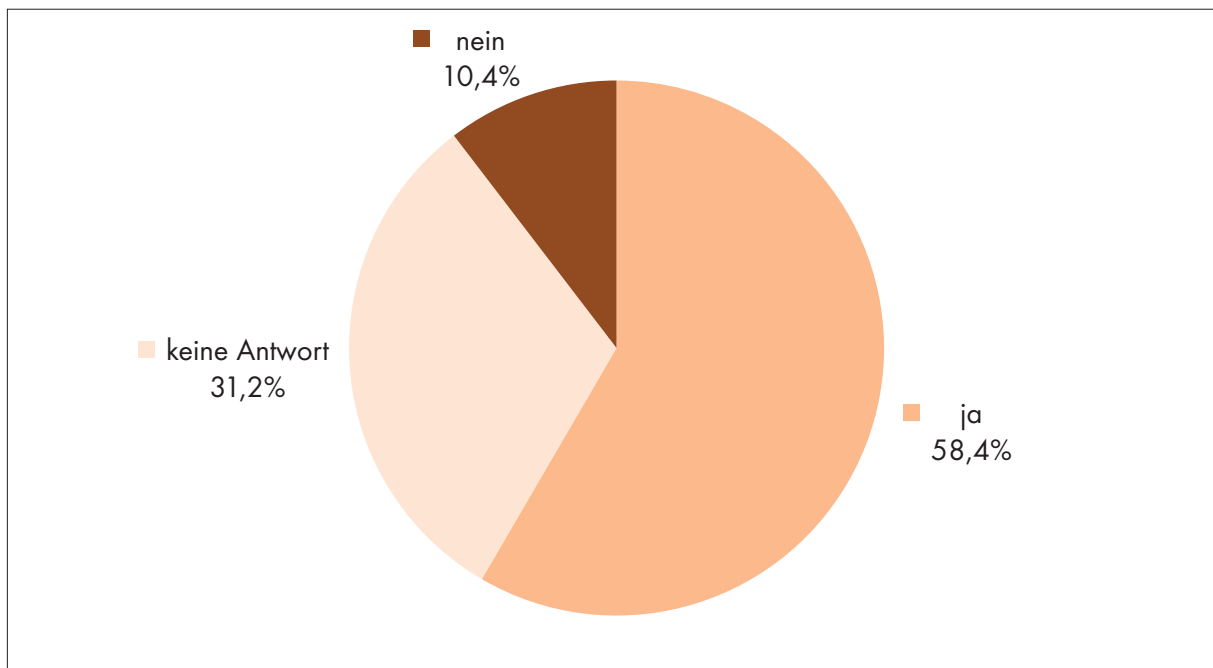
Grafik 3: Würden Sie es befürworten, wenn Präsident Viktor Juschtschenko Leonid Tschernowetzki aus seinem Amt als Leiter der Kiewer Stadtverwaltung entlassen würde?


Quelle: Umfrage des Institut Polityki, durchgeführt zwischen 20. und 26. Februar 2009, <http://polityka.in.ua/info/240.htm>

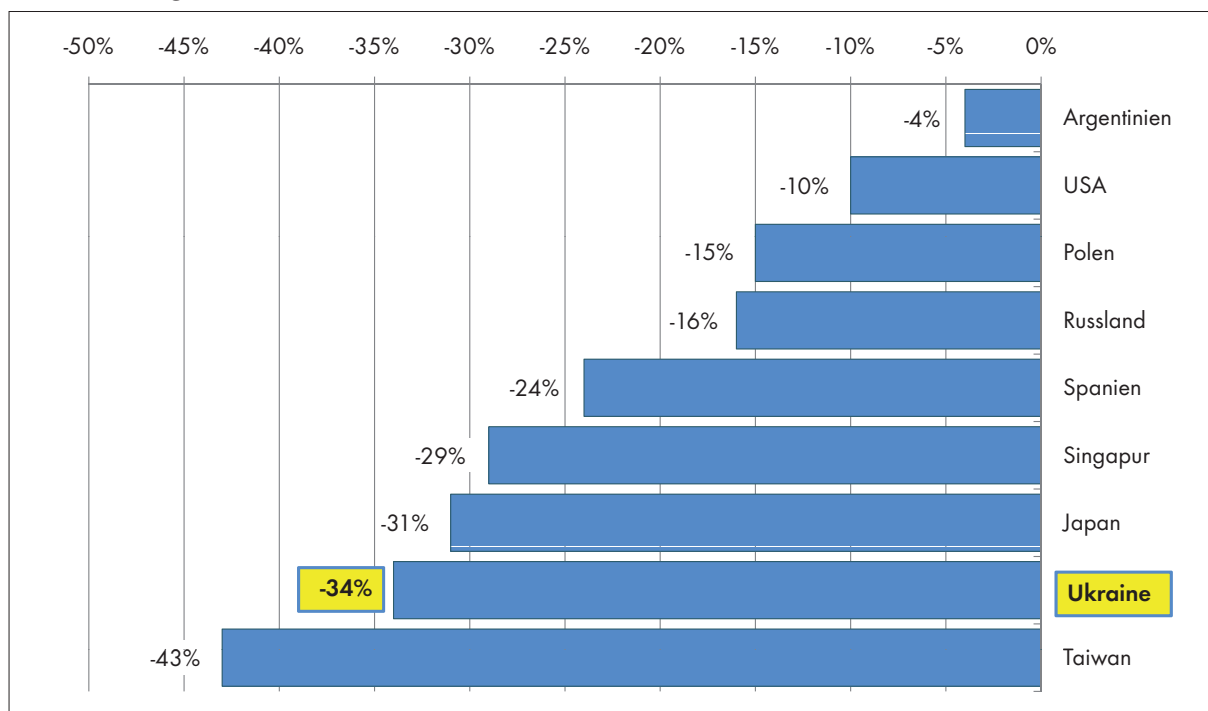
Grafik 4: Wenn ein Vertrauensreferendum zu Bürgermeister Leonid Tschernowetzki durchgeführt würde, sprächen Sie ihm dann Ihr Vertrauen oder Ihr Misstrauen aus?



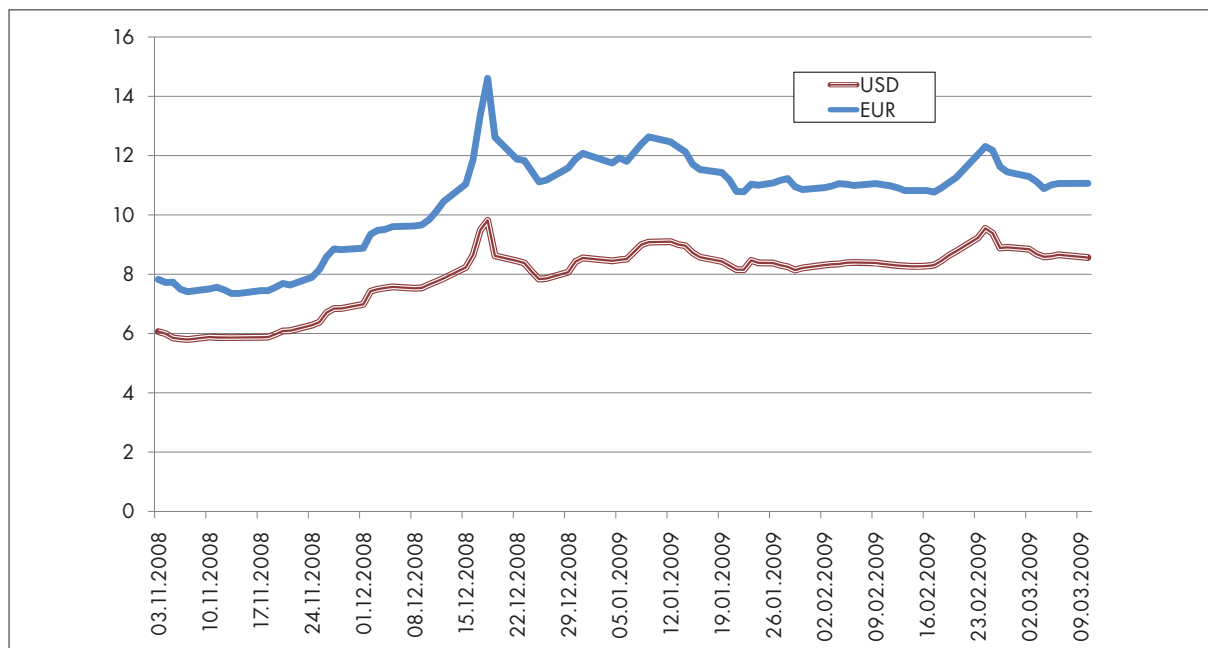
Grafik 5: Denken Sie, dass die Politik des Bürgermeisters Leonid Tschernowetzki zum Bankrott Kiews führen wird?



Quelle: Umfrage des Institut Politiки, durchgeführt zwischen 20. und 26. Februar 2009, <http://polityka.in.ua/info/240.htm>

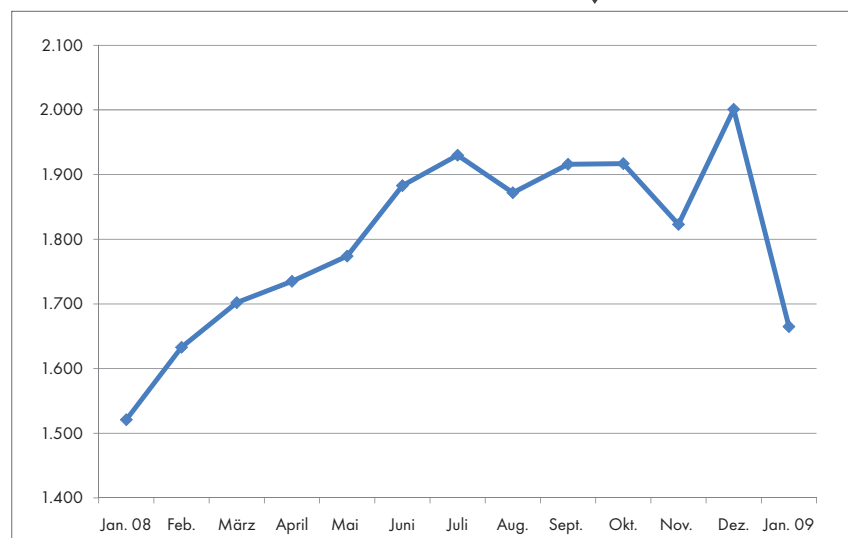
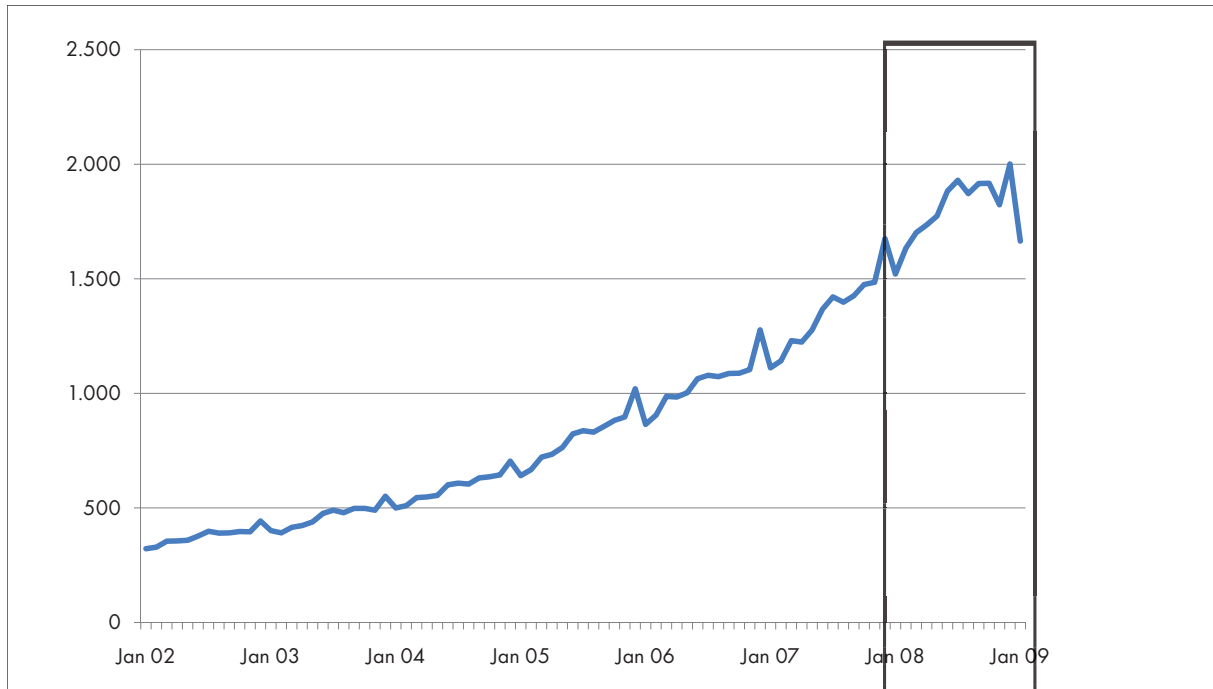
Statistik
Aktuelle Daten zur Wirtschaft- und Finanzkrise
Grafik 1: Entwicklung der Industrieproduktion im Januar 2009 im internationalen Vergleich (Veränderung zum Januar 2008 in Prozent)


Quelle: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik; Economist 7.3.2009

Grafik 2: Wechselkurs von Euro- und US-Dollar in Kiewer Banken (Verkauf)


Quelle: Finance.ua, <http://charts.finance.ua/ru/currency/cash/~2/USD/3>

Grafik 3: Einnahmen der Bevölkerung (Durchschnittliche Monatseinnahmen in Landeswahrung)

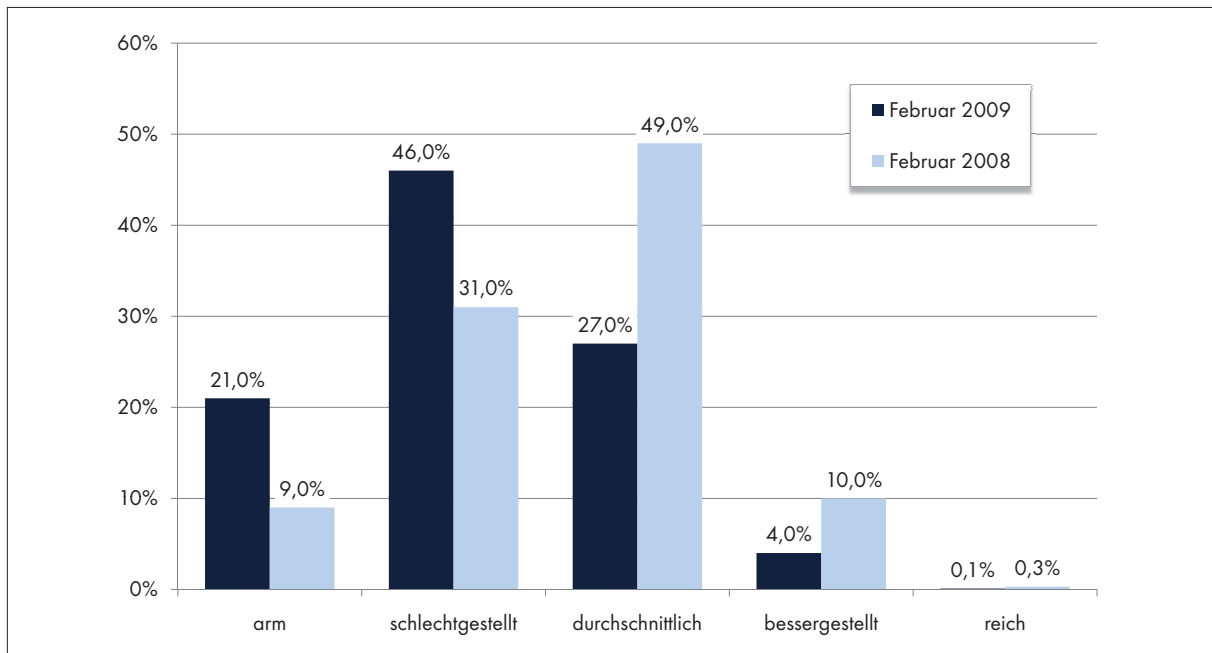


Quelle: Ukrainisches Staatliches Komitee fur Statistik, http://www.ukrstat.gov.ua/imf/arihiv/zp_e.htm

Umfrage

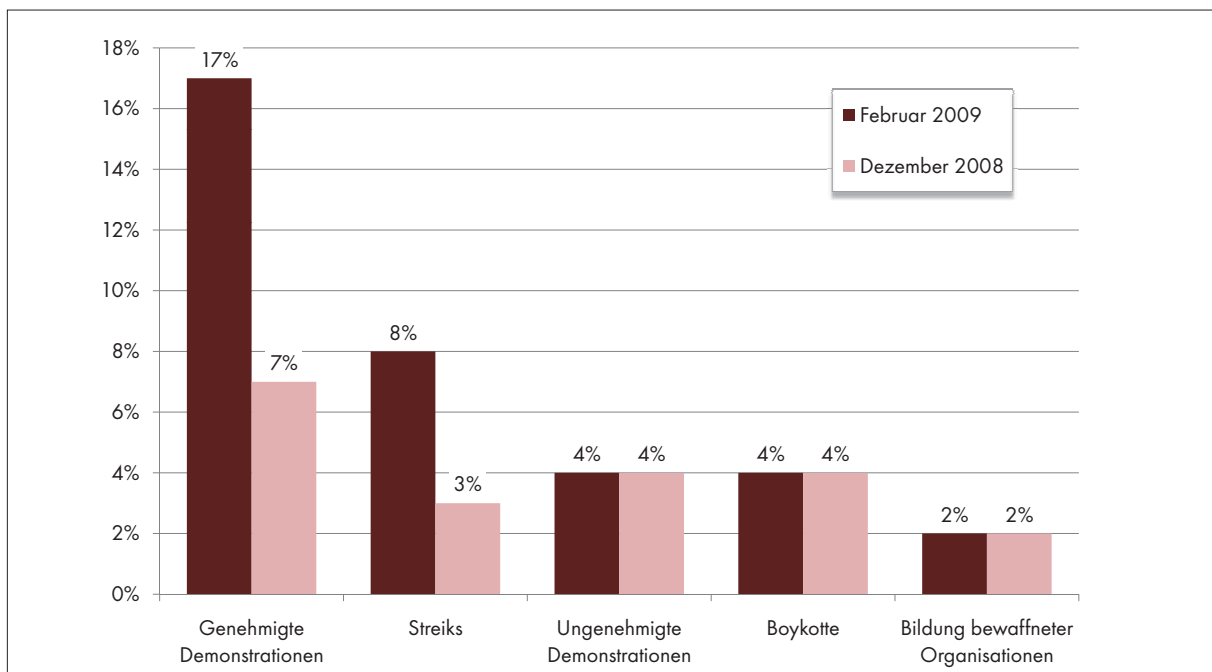
Die Wirtschaftskrise aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung

Wie würden Sie Ihre Familie bezüglich Ihrer materiellen Lage beschreiben?



Quelle: Repräsentative Umfragen des Zentrums für Sozialforschung »Sofia«, zitiert nach Vlast Deneg 9/2009, S.7.

An welchen Protestformen würden Sie sich beteiligen?



Quellen: Repräsentative Umfragen des Razumkov Zentrums (Dezember 2008) und des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie – KIIS (Februar 2009), zitiert nach Zerkalo Nedeli 28.2.2009, S.3.

Chronik
Vom 24. Februar bis zum 10. März 2009

25.2.2009	Das Kiewer Kreisverwaltungsgericht setzt Sjusanna Stanik wieder als Richterin am Verfassungsgericht ein und erklärt ihre Absetzung durch Präsident Viktor Juschtschenko im März 2008 damit für rechtswidrig.
26.2.2009	Etwa 2000 Menschen demonstrieren vor dem Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung für bessere Geschäftsbedingungen für Unternehmer und für die Absetzung des Bürgermeisters Leonid Tschernowezkij.
1.3.2009	Die Partei der Kinder des Krieges beschließt auf ihrem Gründungskongress Statut und Programm. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Alexander Moros schlägt sogleich die Bildung eines gemeinsamen Wahlblocks für die nächsten Präsidentschaftswahlen vor.
2.3.2009	Etwa 500 Mitarbeiter eines Maschinenbauunternehmens besetzen das Gebäude der Gebietsverwaltung von Cherson und fordern die Auszahlung der ausstehenden Löhne.
3.3.2009	Das Verfassungsgericht entscheidet, dass der Leiter der Ukrainischen Nationalbank nur auf Vorschlag des Präsidenten abgesetzt werden kann.
3.3.2009	Mit 250 Stimmen (Mehrheit bei 226) beschließt das Parlament die Absetzung des Außenministers Wladimir Ogrysko. Des Weiteren legt es eine Kürzung der Bezüge der Abgeordneten, der Ministerpräsidentin sowie des Präsidenten bis 1. 1. 2010 um 50 % fest.
4.3.2009	Im Rahmen der Ermittlungen im Strafverfahren gegen Verantwortliche des Unternehmens Naftohaz Ukrainy, wird der Sitz des Unternehmens in Kiew von Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes durchsucht. Begleitet werden sie von bewaffneten und verummumten Sicherheitskräften.
5.3.2009	Ermittler des Inlandsgeheimdienstes dringen in Begleitung einer Sicherheitstruppe in Büros des Unternehmens UkrTransGas, ein Tochterunternehmen von Naftohaz Ukrainy, ein.
5.3.2009	Etwa 500 Unternehmer und Anhänger des Blocks Timoschenko, der Sozialistischen Partei und des Blocks Litwin demonstrieren vor dem Kiewer Rathaus gegen die Aktivitäten des Bürgermeisters Leonid Tschernowetzki.
5.3.2009	Präsident Viktor Juschtschenko wiederholt seinen Versuch vom Dezember 2007 und schlägt Valentin Naliwajtschenko, der seit der Absetzung Igor Drischtschanyjs im Dezember 2006 bereits kommissarischer Leiter des Sicherheitsdienstes ist, im Parlament als Leiter der Behörde vor. Tags darauf stimmt das Parlament mit 230 Stimmen für seine Amtsübernahme.
5.3.2009	Naftohaz Ukrainy und Gazprom bestätigen, dass Naftohaz die Rechnung für das im Februar von Gazprom gelieferte Gas vollständig beglichen hat.
6.3.2009	Das Parlament stimmt dem Antrag Präsident Viktor Juschtschenkos zu, den stellvertretenden Leiter des Sicherheitsdienstes Walerij Choroschkowski wegen der nicht verfassungsmäßigen Verhaftung des für die Verzollung von 11 Mrd. m ³ zuständigen Leiters der Energieabteilung der Zollbehörde Taras Schepitko zu entlassen. Schepitko wird am Nachmittag wieder aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen.
6.3.2009	Bei einem Ukraine-NATO Außenministertreffen in Brüssel sagt Hilary Clinton der Ukraine und Georgien Unterstützung bei der Aufnahme in die NATO zu.
6.3.2009	Der Block Timoschenko und Unsere Ukraine schlagen Boris Tarasjuk, den stellvertretenden Leiter von Unsere Ukraine, als Kandidat für das Amt des Außenministers vor.
6.3.2009	Präsident Viktor Juschtschenko bestätigt die Ratifizierung zweier Zusatzprotokolle zum Memorandum über die Verständigung zwischen der Regierung der Ukraine und der NATO. Demnach soll erstens in der Ukraine ein Informations- und Dokumentationszentrum über die NATO entstehen. Zweitens sollen NATO-Verbindungsoffiziere ernannt werden.
9.3.2009	Anhänger der Sozialistischen Partei der Ukraine fordern in Simferopol bei einer Kundgebung mit 500 Teilnehmern den Rücktritt der Regierung. Auch in anderen großen Städten finden Demonstrationen statt.

Die Ukraine-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de